



Pressemitteilung

Vorhaben der Firma Lang im Grunde eine reine Abfallverbrennungsanlage

Der Umweltingenieur und Anlagen-Techniker Peter Gebhard, den die Bürgerinitiativen „Gesundes Wertachtal e.V.“ als Experten zum „Müll-Talk“ auf das Podium am Montagabend (15.09.2008) in die Schwabmünchner Stadthalle geladen hatten, war in seinem Statement eindeutig: „Die Anlage, die die Firma Lang offensichtlich plant, ist im Grunde eine reine Abfallverbrennungsanlage“, sofern man außer Acht lasse, dass etwa 50% des Energiebedarfs über Gas gedeckt werde.

Diesen Schluss lege - bei ausschließlicher Betrachtung der Fraktionen im Reststoffkessel - der hohe Anteil von Klärschlämmen und betriebseigenen Abfallstoffen, die kaum Brennwert besitzen, nahe, so Gebhardt. Wie der Umweltingenieur vor über 400 Zuhörern weiter ausführte, sei dies damit keine reine Ersatz-Brennstoff-Anlage, sondern von ihrer Brennstoffzusammensetzung äußerst ungewöhnlich. Sie zähle angesichts des Mengendurchsatzes zu einer der größten Müllverbrennungsanlagen in Bayern. Die vorgesehenen rund 90.000 t Ersatzbrennstoffe, man könne auch sagen Müll, dienen ausschließlich dem Zwecke, die notwendige Feuerungswärme zu erzielen.

Äußerst unzufrieden zeigte sich der Experte, der in den vergangenen fünf Jahren rund 30 verschiedene Anlagen gutachterlich betreut hat, über die von Lang Papier vorgesehene Rauchgasreinigung. Diese bleibe weit unter den technischen Möglichkeiten, was sich negativ auf die Anlagensicherheit und Schadstoffemissionen auswirke. Dabei wäre mit einem vertretbaren finanziellen Mehraufwand eine effektive, mehrstufige Rauchgasreinigung mit Nasswäscher zu verwirklichen.

Der bekannte Kieler Toxikologe Dr. Hermann Kruse unterstrich in seinem Statement, wie auch in der späteren Diskussion, die Problematik der Feinstäube und der an sie

angelagerten krebserregenden und anderen gesundheitsgefährdenden Stoffe. Zudem wies er auf die als Folge der Anlagenimmissionen zu befürchtende nicht unerhebliche Gefahr der Anreicherung von Schadstoffen in der Nahrungskette hin. Dies sei aufgrund der Fettlöslichkeit vieler Schadstoffe gerade bei Milch ein großes Thema und somit für eine milchwirtschaftliche Spitzenregion wie das Unterallgäu mit 430.000 t jährlicher Anlieferungsmenge Milch und das Ostallgäu mit 400.000 t jährlicher Milchanlieferung von erheblicher Bedeutung.

Zum Thema Landwirtschaft sagte der Vertreter des Bauernverbandes, der Augsburger Kreisobmann Gerhard Ringler: „Die Landwirte unterliegen heute ausnahmslos der Produkthaftung, d.h., sie müssen für Schadstoffe in ihren Produkten unabhängig vom Verursacher gerade stehen.“ Ein weiteres Problem war für ihn die Frage, wer bei Störfällen, von denen vor allem landwirtschaftliche Flächen betroffen seien, hafte. Hier befürchte er, da die Firma bei der Betreibung der Anlage eine Auslagerung ins Auge fasse, erhebliche Unsicherheiten.

Ausnahmslos sehr enttäuscht zeigte sich die gesamte politische Prominenz auf dem Podium darüber, dass die Firma Lang Papier es abgelehnt hatten, sich den Fragen der betroffenen Bevölkerung zu stellen.

Max Strehle, Direktkandidat der CSU und langjähriger Landtagabgeordneter des Wahlkreis Augsburg-Süd, hält die Begriffe „Stand der Technik“ oder „beste verfügbare Technik“ für zu indifferent. Er forderte, „dass bei der Anlage der Fa. Lang in Etringen die beste Technik für die Abgasreinigung zur Anwendung kommt, die es nach heutigem Stand gibt – und zwar bezogen darauf, die Emissionen zu minimieren.“ Weiter sagte der CSU-Politiker: „Das war auch unser Maßstab und unsere Forderung bei der AVA Augsburg. Es kann nicht sein, dass wir unseren Bürgern im Süden etwas anderes zumuten als in Augsburg. Die weitere technische Entwicklung muss dabei berücksichtigt werden.“ Hinter diesem Anspruch zurückzubleiben, wäre aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar.

Darüber hinaus forderte Strehle eine Prüfung der Kapazitäten. „Es geht mir um die Gefahr, dass die Anlage der Fa. Lang angesichts bereits bestehender Überkapazitäten bei Müllverbrennungsanlagen aufgrund einfacherer und kostengünstigerer Ab-

gasreinigungstechnik auch noch verstärkt in Konkurrenz zur AVA in Augsburg treten könnte - auf Kosten der Bürger und der Umwelt.“

Ähnlich deutliche Worte fand an diesem Abend auch die Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen, die Landtagsabgeordnete Christine Kamm: „Ich habe Ende der 90iger Jahre im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Augsburger Müllverbrennungsanlage dafür gekämpft, dass die Anlage so konzipiert und nur so genehmigt wird, dass die Schadstoffwerte deutlich die derzeitigen Grenzwerte unterschreiten.“ Daher, so Kamm, mache es sehr betroffen, zu sehen, dass jetzt – fast 20 Jahre später – trotz fortgeschrittener Reinigungstechnik giftiger Gewerbemüll mit wesentlich schlechterer Abgasreinigungstechnik verbrannt werden soll.

„Die kommunalen Müllverbrennungsanlagen“, erinnert sich Christine Kamm, „sind damals mit Unterstützung der IHK Schwaben so konzipiert worden, dass sie auch den regional anfallenden Gewerbemüll aufnehmen können. Jetzt soll der Gewerbemüll billig zu Lasten der Umwelt und der Menschen in unserer Region verbrannt werden, und die Bürgerinnen und Bürger sollen zusätzlich für die Kosten der Leerkapazitäten der kommunalen Anlagen herangezogen werden. Ich fordere das Unternehmen Lang auf, entweder eine verantwortliche Reinigungstechnik einzuplanen oder eben auf die Verbrennung von Deinking-Schlämmen und Spuckstoffen zu verzichten und fordere von den verantwortlichen Genehmigungsbehörden, im Verfahren die Umweltbelange und die Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich in der Region Unterallgäu zu schützen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Genehmigungsverfahren in diesem Sinne rechtsaufsichtlich sorgfältig geprüft und kontrolliert werden. Die Verbrennung von EBS-Stoffen widerspricht zudem dem Kreislaufgedanken. Es gilt, Plastikkreisläufe zu fördern, da hierdurch Emissionen und CO₂ in erheblichem Maß eingespart werden können.“

Zum Thema Arbeitsplätze sagt die Grünen-Politikerin: „Arbeitsplätze, die man nur durch eine Billigumwelttechnik zu erhalten können glaubt, sind keine sicheren Arbeitsplätze für morgen. Zudem gefährden sie die Arbeitsplätze der sauberer produzierenden Konkurrenz und die in der Nahrungsmittelproduktion, im Gesundheitsbereich und im Tourismusgewerbe.“

Für Harald Güller, Bezirksvorsitzender der schwäbischen SPD und deren Spitzenkandidat, sind Müll- und Klärschlammabfuhr im Kern öffentliche Aufgaben. „Bayern ist mit 17 Müllverbrennungsanlagen bestens ausgestattet. Die Kapazitäten reichen völlig aus,“ sagte Güller. „Gerade die öffentliche Hand bietet Gewähr dafür, dass z.B. beim Thema Rauchgasreinigung ein hoher Standard eingesetzt wird, der über dem „Stand der Technik“ liegt. Die öffentlichen Müllverbrennungsanlagen dürfen bei einer Genehmigung für Ettringen nicht gefährdet werden,“ forderte er weiter. Deshalb und aufgrund der Größe der Anlage in Ettringen, dem damit verbundenen Verkehr, den möglichen negativen Folgen für die Landwirtschaft und auf den Tourismus gerade im Bereich „Wellness und Gesundheit“ handele es sich hier um eine raumbedeutsame Maßnahme. Für den SPD-Politiker ist daher ein Raumordnungsverfahren zwingend durchzuführen. Bei einer solchen raumbedeutsamen Maßnahme sei auch die seit Juli 2006 vorgeschriebene Strategische Umweltprüfung (SUP) durchzuführen. Danach sei im Genehmigungsverfahren sicher zu stellen, dass nicht nur „Mindeststandards“ eingehalten werden, sondern, dass eine möglichst effektive Technik eingesetzt werde, die auch dem „Minimierungsgebot“ für Schadstoffe Rechnung trage. Ein Orientierungspunkt hierfür, so der SPD-Politiker, seien für die Rauchgasreinigung z.B. die Werte der achtstufigen Anlage der Müllverbrennungsanlage in Augsburg. Um diese Punkte weiter verfolgen zu können, müsse die von der Bürgerinitiative im Bayerischen Landtag eingereichte Petition sofort nach Einreichung der Genehmigungsunterlagen wieder auf die Tagesordnung des Umweltausschusses kommen. An die Adresse der Firma Lang gerichtet sagte er: „Neben diesen politischen Hilfen ist es notwendig, auch die Firma davon zu überzeugen, dass es für sie wichtig und gut ist, wenn sie eine Anlage baut, welche möglichst hohe technische Standards einhält und in der Öffentlichkeit damit auf viel mehr Akzeptanz trifft. So können die Arbeitsplätze in der Region und die Firma am besten in eine gute Zukunft geführt werden.“

Dr. Joachim Herbold, Gesundes Wertachtal e.V.

20.09.2008